

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

40. Jahrgang / 41

28. Februar 1985

Joachim Poß MdB und Klaus Lennartz MdB erläutern die Bedeutung des SPD-Zukunftsprogramms Dritte Welt für Lateinamerika. Seite 1

Annemarie Renger MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, würdigt Friedrich Ebert anlässlich seines 60. Todestages am 28. Februar. Seite 3

Helmut Rohde MdB glosiert die sozialpolitischen Manöver der Wende-Koalitionäre. Seite 5

Jürgen Büssow MdL analysiert den Streit um die Novelle zum WDR-Gesetz. Seite 6

Südamerika: Die Erblast der Militärs

Der Neo-Liberalismus bleibt für Südamerika keine Lösung

Von Joachim Poß MdB und Klaus Lennartz MdB

Mit generalisierenden Schlußfolgerungen aus der Situation Südamerikas sind wir vorsichtig. Jedes Land erfordert eine eigene Betrachtung, es gibt nicht den Lösungsweg für die Bewältigung wirtschaftlicher Probleme. Unser Fazit einer 14tägigen Reise durch Südamerika:

1. Der demokratische Erneuerungsprozeß Südamerikas ist zu begrüßen. Die Erblast der Militärs wiegt indes vielfach so schwer, daß an ihr die demokratischen Nachfolger zu scheitern drohen. Diese Gefahr ist nicht gebannt.
2. Die südamerikanische Politik steht auch unter demokratischem Vorzeichen in einer tiefen Glaubwürdigkeitskrise. Es fehlt die Entschlossenheit der Oberschichten und politischen Eliten, von Pfründendenken und Klientelismus Abschied zu nehmen. Bemühungen um sozialen Ausgleich sind kaum spürbar, das Massenelend wächst. Die Reaktion des Volkes scheint entweder in Fatalismus oder auch in Terrorismus zu bestehen.
3. Unsere Beobachtungen in den Ländern Südamerikas haben ergeben, daß das SPD-Zukunftsprogramm Dritte Welt richtige und wichtige Lösungsansätze zur Überwindung der Schuldenkrise enthält. Die Verschuldung Südamerikas beträgt zur Zeit rund 350 Milliarden Dollar (Zins- und Tilgungsleistungen rund 65 bis 70 Milliarden Dollar pro Jahr). Dies ist aus wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gründen von den Ländern Südamerikas nicht zu bewältigen. Daher müssen realistische Hilfestellungen der Industrieländer überlegt werden. Einige wenige Aspekte zu diesem Problem sollen an dieser Stelle erwähnt werden.



- Die Zinszahlungen müssen stärker als bisher an die Zahlungsfähigkeit des Schuldnerlandes gekoppelt sein, da die US-Zinspolitik und Staatsverschuldung offensichtlich wesentliche Mitverursacher der Krise sind.
 - Der dem IWF vorschwebende Neo-Liberalismus kann keinen Lösungsweg aufzeigen; IWF-Auflagen hinsichtlich der Einstellung staatlicher Subventionen für Grundnahrungsmittel und soziale Dienste sind unverantwortlich, vielmehr müssen die Anpassungsprogramme deutlicher auf die entwicklungspolitischen Notwendigkeiten abgestellt werden.
 - Die Wirtschafts- und Verschuldungsdiskussion muß stärker politisch geführt werden, sozial- und entwicklungspolitische Fragen sind gleichwertig neben die finanzpolitischen und die eines internen Strukturwandels zu stellen. Dabei ist die Beachtung der nationalen Souveränität von zentraler Bedeutung.
4. Ohne verstärkte Eigenanstrengungen werden jedoch auch internationale Maßnahmen nicht ausreichen, um die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu stabilisieren. Die eigenen Anstrengungen sind zu konzentrieren auf
- Prioritäten, die an den Bedürfnissen des Landes anknüpfen (Verzicht auf Prestige- und Mammutprojekte)
 - Maßnahmen zu einer umfassenden Steuerreform
 - Senkung der Militärausgaben
 - Abbau des Bürokratismus
 - Straffung der durch Pfründenwirtschaft aufgeblähten Staatsapparate, die das Entstehen von Arbeitsplätzen in gewerblichen, industriellen und Dienstleistungsbereich behindern.

Eine erfolgreiche wirtschaftliche Strategie kann nur in Zusammenwirken aller Kräfte (Wirtschaft, Gewerkschaften, Staat) entwickelt werden. Dabei spielt die katholische Kirche, insbesondere der Teil, der sich mit der Theologie der Befreiung identifiziert, eine zentrale Rolle. Diesen Eindruck haben wir jedenfalls aus Gesprächen mit Vertretern der Kirche gewinnen können.

Last not least: Auch die Einhaltung der Menschenrechte, die wir unter anderem in einem Gespräch mit den "Müttern der Verschwundenen" in Argentinien erörterten, wird über die politische Stabilität Südamerikas mitentscheiden.

(-/28.2.1985/va/ks)

+ + +



In der Tradition Friedrich Eberts

Zum Gedenken an unser erstes freigewähltes Staatsoberhaupt

Von Annemarie Renger MdB

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Parlamentarische Demokratie als Staats- und Lebensform ist uns Bundesbürgern so geläufig, daß dieses Thema kaum der Erwähnung bedarf. Wer genauer hinsieht, wird allerdings feststellen, daß gerade wir Deutsche uns mit der parlamentarischen und demokratischen Staatsform sehr schwer getan haben. Unbestreitbar ist freilich eines: Wer immer sich auf demokratische und parlamentarische Tradition in Deutschland beruft, hat von Friedrich Ebert auszugehen, dessen Todestag sich heute (28. Februar) zum 60. mal jährt. Der erste Präsident des Deutschen Reiches starb an den Folgen einer verschleppten Blinddarmentzündung. Genauer müßte es eigentlich heißen: Er starb an den Folgen einer von der radikalen Rechten entfachten Kampagne unerträglicher Beleidigungen, Verleumdungen und Verunglimpfungen, gegen die ihn eine innerlich der Republik fernstehende Justiz nicht zu schützen bereit war. Darüber hinaus war Ebert in den letzten Jahren auch seitens der radikalen Linken wachsender Kritik an seiner Person und seiner Politik ausgesetzt gewesen, und schließlich hatte er auch aus der SPD, seiner eigenen Partei, der er als Reichspräsident weiter angehörte, oft nur halbherzige Unterstützung erfahren. Vielen wurde erst nach seinem Tode bewußt, was für eine große Persönlichkeit er gewesen ist, und welche Bedeutung er für die Erhaltung und Festigung der Republik gehabt hat.

Ebert war der erste und bisher einzige unserer frei gewählten Staatsoberhäupter, der nicht aus den höheren sozialen Rängen kam. Er hatte seinen Berufsweg als Arbeiter begonnen und war in der Arbeiterbewegung aktiv gewesen. Am 4. Februar 1871 in Heidelberg geboren, in einer kinderreichen Familie aufgewachsen, erlernte er das Sattlerhandwerk, ging auf Wanderschaft, erlebte die Not der Arbeitslosigkeit und erfuhr mannigfache Verfolgung unter dem Sozialistengesetz. Er hat in dieser Zeit gelernt, wirtschaftliche und soziale Aufgaben, das politisch Notwendige zu erkennen und mit Mut, Tatkraft und praktischem Verstand anzupacken. Dies unterschied ihn auch von denen, die an die Aufgaben der Gewerkschaften und der organisierten Arbeiterbewegung mehr von der ideologischen Seite herangingen und sich von den theoretischen Vorstellungen eines vermeintlich vorgeschriebenen Geschichtsverlaufs leiten ließen. Infolgedessen nahm er auch nach seiner Berufung in den Vorstand der SPD und als Nachfolger Bebels nicht aktiv an den theoretischen Richtungskämpfen teil, die um die Jahrhundertwende in der SPD zwischen Revisionisten und Radikalen entbrannt waren. Ihm ging es auch nicht um eine nur am Klasseninteresse orientierte Politik, sondern um die Verwirklichung eines freiheitlichen, demokratischen und sozialen Staates auf der Grundlage voller Gleichberechtigung als Voraussetzung zur Überwindung der Klassengesellschaft. Damit bezog er in sein politisches Denken und Handeln immer die Verantwortung für den Staat und das ganze deutsche Volk mit ein.

Die Stunde der militärischen Niederlage des Deutschen Kaiserreichs, der Bankrott der alten Ordnung, wurde zur Bewährung der Sozialdemokratie als einziger noch intakter politischer Kraft. Friedrich Ebert stellte sich aus Pflichtbewußtsein und Patriotismus an die Spitze des Deutschen Reiches, das durch militärische Niederlage, wirtschaftliche Not, soziale Gegensätze und Revolutionsparolen gekennzeichnet war. Ihm ist es zu verdanken, daß der Zusammenbruch des kaiserlichen Deutschland kein Chaos hervorrief, daß Bürgerkrieg und Gewaltherrschaft ausblieben. Mit Eberts Namen ist die Gründung der ersten deutschen Republik, die Errichtung eines parlamentarischen und demokratischen Deutschlands untrennbar verbunden. Es ist nicht Eberts Schuld, daß die Weimarer Republik sehr früh zwischen die extremen politischen Kräfte, zwischen



links und rechts geriet. Das Diktat der alliierten Siegermächte, die wirtschaftliche Krise und die politische Gegnerschaft vieler Menschen gegenüber Republik und parlamentarischer Demokratie tat ein Übriges.

Bis heute ist Ebert keine volle Rehabilitierung zuteil geworden, was Waldemar Besson schon 1963 bedauernd feststellte. Es kann jedoch kein Zweifel daran bestehen, daß es zur Politik Eberts grundsätzlich keine parlamentarische und demokratische Alternative gab. Die politische Tragik der Arbeiterbewegung war es, daß sie durch die Spaltung der Sozialdemokratie in Weimar geschwächt wurde. Die radikalen Kräfte mit den Kommunisten auf der linken Seite und die nationalistischen Rechten arbeiteten einander in die Hände und bereiteten den Boden für das Scheitern des parlamentarischen Systems von Weimar.

Entgegen vielen leichtfertigen und unhaltbaren Behauptungen ist festzuhalten, daß schon den den ersten Stunden der neuen Republik auf Initiative Eberts sozialpolitische Fortschritte erzielt wurden, die für die damalige Zeit revolutionär waren: Einführung des 8-Stunden-Tages, Bildung von Betriebsräten, Einführung einer gesetzlich geregelten Erwerbslosenunterstützung sowie Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze der Krankenversicherung. Es läßt sich nachweisen, daß die Regierung der Volksbeauftragten unter Eberts Leitung und Initiative mehr für die Lage der Arbeiterschaft geleistet hat als alle folgenden Regierungen der Weimarer Republik zusammengenommen. Seine Leistungen lassen sich erst voll würdigen, wenn man bedenkt, welche anderen Aufgaben und Probleme zu bewältigen waren: Rückführung der Armee, Demobilisierung und Eingliederung der Heimkehrer in das wirtschaftliche und soziale Leben, Sicherung der Ernährung, Aufrechterhaltung der Staatsautorität gegen Putschisten und Aufständische.

Ebert war ein überzeugter Demokrat und hatte für seine Politik des Ausgleichs und der Mäßigung die Mehrheit der einsichtigen Bürger hinter sich. Bei seinem Amtsantritt als Reichspräsident faßte er dies in die Worte: "Freiheit und Recht sind Zwillingsschwestern. Die Freiheit kann sich nur in fester staatlicher Ordnung gestalten. Sie zu schützen und wiederherzustellen, wo sie angetastet wird, das ist das erste Gebot derer, die die Freiheit lieben. Jede Gewaltherrschaft, von wem sie auch komme, werden wir bekämpfen bis zum Äußersten."

Was für die Innenpolitik galt, läßt sich auch für die Außenpolitik sagen. Der Reichspräsident verfolgte eine pro-westliche und strikt anti-sowjetische Außenpolitik. Zu seiner Zeit mit dieser Auffassung heftig kritisiert, hat ihm die Geschichte jedoch Recht gegeben.

Wer den Lebensweg des vom Sattlergesellen zum höchsten staatlichen Amtsinhaber der Weimarer Republik aufgestiegenen Friedrich Ebert Revue passieren läßt, wird vor allem seine vorbildliche Haltung unterstreichen müssen. Unbeugsam in der Gesinnung, Zivilcourage, menschlicher Anstand und Bescheidenheit zeichneten den Politiker Friedrich Ebert aus, der trotz aller Anfeindungen seinem Auftrag treu blieb. Sein persönliches Schicksal war es, daß ihn der politische Rufmord der fanatisierten Rechten in den Tod trieb. Die Republik von Weimar hatte nicht genügend Demokraten, die das freiheitlich-parlamentarische System verteidigt hätten. Aber auf lange Sicht hat Ebert mit seinem politischen Ziel denn doch Recht behalten. In der Bundesrepublik Deutschland bildet nämlich die parlamentarische Demokratie für die übergroße Mehrheit der Bevölkerung die selbstverständliche Form staatlichen und gesellschaftlichen Zusammenlebens.

(~/28.2.1985/va/ks)

+ + +



Zweidrittelgesellschaft

Koalitionsoptimismus im Wettbewerb

Von Helmut Rohde MdB

Seit letztem Wochenende herrscht kein Zweifel mehr: In der Bonner Koalition ist der Wettbewerb, der marktwirtschaftliche ausgebrochen. Samstags gibts Chips für Arbeitnehmer - sagt Blüm. Aber Bangemann denkt weiter, und zwar bis Sonntag. Alle Sonntage ist kein Sonntag. Die offene Gesellschaft arbeitet rund um die Uhr. Aus dem "Wort zum Sonntag" wird der "Gruß zur Frühschicht".

Stoltenberg bleibt nicht bei den Tagen der Woche stehen. Sein Blick ist auf den Horizont der Jahre gerichtet, auf lebenslanges Lernen und lebenslanges Arbeiten. Rentenversicherung ohne Rente ist wie Gesundheit ohne Doktor, und dafür muß man was tun.

Und Blüm vergißt die Brötchen nicht. Bäckerlehrlinge stehen vor vier Uhr auf. Man kann eben nicht einfach bis sieben Uhr im Bett liegen bleiben, jedenfalls nicht ohne Abitur.

Bald ist im Koalitionswettbewerb der Urlaub dran und vielleicht der erste Weihnachtstag. Der zweite ist schon verplant, für das Weihnachtsgeld werden ohnehin schon Sozialbeiträge bezahlt. Die Koalition will nach der "Wende" nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Mit der Zukunft im Rücken läuft sie schneller.

Wer "Arbeitsbesitzer" werden will, muß allzeit bereit und abrufbar sein. Der Weg zum Typ dieses neuen Vermögensbesitzers ist dereguliert. Nur keine Müdigkeit: Die moralisch-politische Aufrüstung findet nicht im Liegen statt. Sonst wird man "Freizeit-Proletarier". Die Koalition hat die Typologie der Zukunft fest im Griff.

Sie kennt keine Klassen und keine Stände mehr, nicht Ober-, Unter- und Mittelstände. In der Zweidrittelgesellschaft gibt es nur Optimisten und Pessimisten, mit Opposition, versteht sich.

Der Wettbewerb im Koalitions-Kabinett zeigt: Es herrscht Vollbeschäftigung, und zwar in einfältiger Vielfalt - und umgekehrt. Und keine Angst: Bald gibts Begabtenförderung.
(-/28.2.1985/va/ks)

+ + +



Medienfragen sind Machtfragen

Wie die Union den Streit um den Westdeutschen Rundfunk für sich drehte

Von Jürgen Büssow Mdl

Was Peter Glotz, medienpolitische Fachkonferenzen von Kirchen, Gewerkschaften und Parteien, der letzte SPD-Parteitag vom 19. Mai 1984 in Essen, rund ein Dutzend Landtagsdebatten und der Bundespräsident Richard von Weizsäcker nicht bewerkstelligten, ist dem neuen Intendanten des Westdeutschen Rundfunks, Friedrich Nowotny, TV-Liebling, gelungen. Man spricht über Medienpolitik.

Was war geschehen?

Seit dem 26. Oktober 1984 berät der Landtag von Nordrhein-Westfalen die Novelle zum WDR-Gesetz. Das Gesetz über den Westdeutschen Rundfunk wird nach dem letzten Rundfunkurteil des Bundesverfassungsgerichtes für reformbedürftig gehalten. Nach dem alten Recht werden die Vertreter der "gesellschaftlich relevanten Kräfte" wie Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitgeber, Wohlfahrtsverbände und so weiter vom Landtag gewählt. In Zukunft werden die gesellschaftlichen Gruppen ein eigenes Entsendungsrecht haben.

Die sozialdemokratische Landesregierung hat die Novelle darüber hinaus zum Anlaß genommen, dem Westdeutschen Rundfunk als einziger Landesrundfunkanstalt in der Bundesrepublik eine Bestands- und Entwicklungsgarantie über das Jahr 2000 hinaus zu geben. Dies ist übrigens auch eine Forderung des SPD-Parteitages, private Rundfunkveranstalter unter verfassungsrechtlich gebotenen Voraussetzungen erst dann zuzulassen, wenn die Existenz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für die Zukunft gesichert ist. Die Verhandlungen der Ministerpräsidenten um einen Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik haben im vergangenen Jahr deutlich gemacht, daß die Wende koalition nicht bereit ist, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk seine Funktionsfähigkeit gegenüber kommerziellen Rundfunkveranstaltern zu sichern. Werbezeiten für die öffentlich-rechtlichen Anstalten sollen eingefroren werden. Dadurch werden sie bei der Nutzung neuer Übertragungstechniken via Kabel und Satelliten gegenüber kommerziellen Veranstaltern benachteiligt. Eine Garantie zur Gebührenerhöhung, um die Programmkosten zu decken, lehnt die Union ab. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muß in Zukunft mit Medienkonzernen wie Bertelsmann, Springer, Burda, Bauer, Holtzbrinck, Filmhändlern und Banken und amerikanischen Medienkonzernen konkurrieren. Zur Zeit findet die größte Medienkonzentration in der deutschen Geschichte statt. Die Privaten konzentrieren ein Medienumsatzkapital von rund 15,5 Milliarden DM. Wir werden erleben, daß mehr Fernsehen - werbefinanziert - nicht mehr Vielfalt bedeutet, sondern more of the same. Dallas, Denver, Traumschiff, Quizsendungen, Ratespiele und Billigserien werden das Programmprofil der Privaten bestimmen. Analytische Sendungen, Dokumentationen, Kulturbeiträge, sozialkritische Beiträge oder Gesellschaftskritik wird bei den Privaten kaum Berücksichtigung finden und auch die Produktionen von deutschen und europäischen Filmemachern werden kaum Chancen haben, mit den amerikanischen Billigproduktionen zu konkurrieren.

"Das Boot", eine deutsche Fernsehproduktion, kostete 30 Millionen DM, ein Schimanski-Krimi 1,3 Millionen DM, aber ein Serienfilm von Dallas oder Denver nur 100.000 US \$.

Es wird in Zukunft billiger sein, Krimis aus den Straßen von San Francisco zu senden, als einen Krimi aus den Straßen von Duisburg oder München. Eine Gesellschaft droht so ihr sozio-kulturelles Ausdrucksvermögen zu verlieren.



Die WDR-Novelle stattet den Westdeutschen Rundfunk mit allen Möglichkeiten aus, sich der privaten Konkurrenz zu stellen, damit der WDR seinen Programmauftrag, Rundfunk für alle zu sein, auch in Zukunft wahrnehmen kann.

Der WDR kann:

- die Satelliten- und Kabeltechniken nutzen
- mit öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkveranstaltern des In- und Auslandes zusammenarbeiten, wenn der öffentlich-rechtliche Programmauftrag eingehalten wird
- Spartenprogramme in Kabelanlagen gegen besondere Entgelte anbieten
- Programmzeitschriften herausgeben
- Sendezeit zur freien Verfügung geben für Gruppen, die bislang kein Forum gefunden haben (Integrationsfunk).
- o Die Finanzierung aus Werbung und Entgelt bei Spartenprogrammen sichern.
- o Die Aufgaben des Rundfunkrates stärken:
Intendantenwahl
Wahl der Programmdirektoren (!)
- o Kooperationsverträge abschließen
- o Haushaltszuständigkeit sichern und so weiter.

Verleger, die Union und die Bundesregierung haben erkannt, daß mit diesem Gesetz erstmals eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt konkurrenzfähig mit privaten Veranstaltern wird. In allen anderen Mediengesetzen der CDU-regierten Länder werden die Anstalten auf den derzeitigen Stand eingefroren. Sie haben keine Entwicklungschancen. Deshalb richtet die CDU-Opposition und eine einschlägige Presse, die selbst Partei bei diesem Vorgang ist, weil ihre Verleger bereits Fernsehveranstalter auf dem Sat I sind, ein systematisches Störfeuer gegen die WDR-Novelle. Jedoch: Das Thema war nicht politikfähig.

Der Tragödie 2. Teil

Die Amtszeit des alten WDR-Rundfunkrates lief am 28. Februar 1985 aus. Das neue WDR-Gesetz tritt erst am 12. März 1985 in Kraft. Es bedarf einer Übergangsregelung in einem Vorschaltgesetz. Das Vorschaltgesetz umfaßt zwei Regelungsbereiche:

1. Verlängerung der Amtszeit der Gremien, also von Rundfunkrat, Verwaltungsrat und Programmbeirat und den Schutz der neuen verfassungsgemäß gewählten Rundfunkratmitglieder nach dem 30. September 1985. Paragraph 4 sieht deshalb vor, daß Verträge oder Einstellungen von Direktoren nur mit einer Frist bis zum 31. Oktober 1985 abgeschlossen werden können. Sie bedürfen also der Bestätigung durch den neuen Rundfunkrat.

Auf den Punkt gebracht hat der Gesetzgeber damit Vorkehrungen getroffen, daß der alte Rundfunkrat die Rechte des neuen Rundfunkrates nicht vorweg verbraucht.

Was verfassungspolitisch und auch demokratisch geboten war, erwies sich als taktisch ungeschickt und naiv. Die Union nutzte ihre Stunde. Vom "Handschellenparagrafen"



war die Rede. Vom größten Skandal in der Geschichte des Rundfunks sprach Bundeskanzler Kohl, dem eine gewisse Kompetenz für Skandalfragen nicht abgesprochen werden kann und vom Angriff auf die Rundfunkfreiheit sprachen Redakteure des Westdeutschen Rundfunks. Herr Nowotny versprach in einem Schreiben an die Gremien des Westdeutschen Rundfunks, seinen Dienst nicht im Juni anzutreten, sondern erst im Oktober, wenn der Paragraph 4 des Vorschaltgesetzes stehen bleiben würde.

Was die SPD-Fraktion machte, war wie sich herausstellte, das Gegenteil von gut - es war gut gemeint. Denn, hätte sie rücksichtslos von ihrer Mehrheit Gebrauch gemacht, dann hätte sie nur die Übergangszeit vom 28. Februar bis zum 11. März regeln müssen. In einer Sondersitzung des Landtages hätte der Landtag die erste Bank des Rundfunkrates bestellt, nach den Mehrheiten des Düsseldorfer Landesparlamentes. Mit der absoluten Mehrheit der SPD-Fraktion hätte sie auf der ersten Bank auch die absolute Mehrheit der Sitze. Die NRZ schrieb zu diesem Vorgang, aus einem casus honoris wurde ein casus belli.

Obwohl das alles vor dem Parlament von Nordrhein-Westfalen bei der zweiten Lesung des Vorschaltgesetzes am 7. Februar 1985 deutlich gesagt wurde, fand die SPD-Fraktion keine Öffentlichkeit mehr in der Berichterstattung. Ihre Argumente wurden nicht mehr dargestellt. Weder von der Presse, noch vom Westdeutschen Rundfunk selbst.

Um gleichwohl die WDR-Novelle zu retten, wird der Paragraph 4 des WDR-Vorschaltgesetzes von der SPD-Fraktion saniert. Wir werden nicht zulassen, daß die Zukunftssicherung der größten Sendeanstalt der Bundesrepublik Deutschland wegen eines Intendanten oder eines Programmdirektors oder wegen der Einlassung des Bundeskanzlers zurückgestellt wird.

Das Pharisäerhafte in der Union

Es ist allerdings eine Ironie der Rundfunkgeschichte, daß die CDU und die Bildzeitung gemeinsam sich als die Bewahrer der Rundfunkfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland darstellen können, jene Kräfte, die immer zur Hand waren, wenn es darum ging, unabhängigen und kritischen Journalismus mundtot zu machen. Unliebsame Journalisten werden aus den Rundfunkredaktionen gedrängt, neue, mit Hilfe von CDU-Freundskreisen installiert.

Der CDU-Kanzler selbst ließ Personalwünsche erkennen, bei der Neubesetzung des Bonner ZDF-Studios mit Herrn Hopen, der Intendantenstelle des Westdeutschen Rundfunks, oder beim Intendanten des Südwestfunks.

Das Scheinheilige der CDU in der Auseinandersetzung um den Westdeutschen Rundfunk kann nicht besser dokumentiert werden, als es die Neuß-Grevenbroicher Lokalzeitung am 31. Januar 1985 getan hat, indem sie Herrn Giesen, CDU-Verwaltungsratsmitglied im Westdeutschen Rundfunk zitierte: "Ganz besonders freue er sich über die Wahl von Friedrich Nowotny zum neuen Intendanten des Westdeutschen Rundfunks. Er habe feststellen können, daß man in den Kreisen der SPD über diese Wahl ziemlich bestürzt sei. Friedrich Nowotny übernehme kein leichtes Amt. Er werde es hoffentlich schaffen, einige Änderungen (zum Beispiel im Bereich der Monitor-Redaktion) durchzusetzen. Diese Aufgabe würde ihm sicherlich erleichtert, wenn der Bürger sich mit seiner Meinung stärker melden würde, sei es durch Anrufe oder Briefe an den WDR oder durch Leserbriefe in der Presse."
(-/28.2.1985/va/ks)

+ + +

